Nr. 437 Abend-Ausgabe
B 216

Berlin

Mittwoch, 15. September 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Abrüstung und Milizheer

Von

Dr. h. c. Freiherr von Schoenaich,

Generalmajor a. D.

Die weitaus wichtigste Frage, die der Völkerbund zurzeit bearbeitet, ist die der allgemeinen Abrüstung; wichtig vor allem deswegen, weil Amerika als Weltgläubiger seinen ganzen Einfluß geltend macht, daß die Abrüstung endlich Wirklichkeit werde. Wenn die jetzt schwebenden Verhandlungen kein Ergebnis haben, dann macht der Völkerbund langsam aber sicher Bankerott. Daher der heiße Wunsch aller Nationalisten, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Nachdem wir endlich Mitglied des Völkerbundes geworden sind, muß die Bedeutung dieser Fragen mehr als bisher Allgemeingut des Volkes werden. Die „Vossische Zeitung" hat am 27. August ein internationales Manifest gegen die Wehrpflicht abgedruckt, das den Kern der Frage am besten wiedergibt. Die fünfzehn verschiedenen Nationen angehörenden Unterzeichner sind dabei nicht alle von denselben Gesichtspunkten ausgegangen. Einige von ihnen, wie z. B. der Inder Gandhi, lehnen grundsätzlich jede Gewaltanwendung ab. Andere wieder, wie der Schreiber dieser Zeilen, halten an dem Recht der Selbstverteidigung fest. Einig sind alle darin, daß die auf der Wollwehrpflicht aufgebauten Berufsheere eine schwere Bedrohung des Friedens sind. Nun hat sich in der „Ere Nouvelle" vom 2. September d. J. mein sehr verehrter Freund, der französische General Percin, gegen dies Manifest ausgesprochen, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß man ihn zwar nicht um seine Unterschrift gebeten habe, daß er sie aber auch verweigert hätte. Er begründet diese seine Stellungnahme damit, daß er sich als ein grundsätzlicher Anhänger des Milizheeres bekennt, wie es Jean Jaurès in seinem vielbesprochenen Buch „L'Armée nouvelle" geschildert hat. Da auch dem Milizheer die allgemeine Wehrpflicht zugrunde liegt, wenn auch in anderer Form als bei der Vollwehrpflicht, wird von den Unterzeichnern jenes Manifestes im Endziel natürlich auch das Milizheer abgelehnt. Als praktische Politiker werden sie aber prüfen, inwieweit ein Milizheer, wenn die radikale Abschaffung jeder Wehrpflicht zurzeit nicht erreichbar ist, als Uebergang annehmbar ist oder nicht.

Schon das leider von England nicht angenommene Genfer Protokoll ging von der Ansicht aus, daß es für den Frieden in erster Linie darauf ankomme, einen Angriffskrieg zu verhindern. So bedeutungsvoll die allgemeine Annahme des Genfer Protokolls gewesen wäre, voll befriedigt wären dadurch aber auch diejenigen nicht gewesen, die, wie ich, das Recht der Selbstverteidigung, also auch den wirklichen Verteidigungskrieg, anerkennen. Die Schwierigkeit liegt bei dem, daß eine Regierung mit ihrem Nachrichtenapparat jederzeit in der Lage ist, einen Angriffskrieg, den sie führen will, in den Augen des Volkes in einen Verteidigungskrieg umzufälschen. Ob diese Schwierigkeit durch das Genfer Protokoll beseitigt worden wäre, hätte erst die Praxis erweisen können. Bekanntlich hat schon August Bebel, der jeden imperialistischen Angriffskrieg aufs schärfste verdammte, die Schaffung eines Milizheeres für Deutschland gefordert. Auf ihn berufen sich heute noch die deutschen Sozialisten, denen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht als erstrebenswert erscheint. General Percin geht in seinen Betrachtungen von denselben Gedanken aus wie Bebel und Jaurès, daß ein Milizheer für einen Angriffskrieg ungeeignet sei. Dabei ist zu bedenken, daß diese beiden großen Sozialisten in einer Zeit lebten, wo ein Ersatz der reinen militärischen Machtpolitik durch eine internationale Rechtspolitik nur wenigen erleuchteten Geistern als ein leider noch nicht erreichbares Zukunftsideal erschien. Der allgemeine Uebergang von den stehenden Massenheeren zu Milizheeren mußte immer dann daher schon als ein großer Schritt vorwärts erscheinen.

Percin meint, daß das, was Frankreich jetzt mit der Dienstzeit von achtzehn Monaten zu erreichen beabsichtige, ein Mischmasch von Milizheer und stehendem Heer sei, das er gerade Deutschland gegenüber mit dem ihm aufgezwungenen Söldnerheer für schlecht hält. Er fordert demgegenüber eine Dienstzeit von drei bis höchstens sechs Monaten und mit den so ausgebildeten Menschen im Fall eines feindlichen Angriffs eine territorial gegliederte Levée en masse. Diese Levée en masse ist ihm das Ideal des reinen Verteidigungsheeres. Für diejenigen, die von dem prächtigen alten General Percin noch nichts wissen, sei hier eingeschaltet, daß er der mutigste Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung ist, und daß er immer wieder den vollkommenen Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland gefordert hat. Bei seiner Befürwortung des Milizheeres beruft er sich auf das Beispiel der Schweiz, wo zur Verteidigung die Levée en masse vortrefflich organisiert sei, wo oder kein Mensch jemals an einen Angriffskrieg denke. Percin hält ein Söldnerheer, wie es der Versailler Vertrag Deutschland aufgezwungen hat, für eine schwerere Bedrohung des Friedens als ein Milizheer, einmal, weil dadurch den deutschen Nationalisten Wasser auf die Mühlen getrieben werde, ferner aber, weil ein Söldnerheer mit seinen vielen langgedienten Soldaten der beste Rahmen für eine Angriffsarmee sei. Mit letzterer Ansicht hat er rein militärtechnisch entschieden recht, und dabei greifen die Beurteilung von Söldnerheer und Milizheer eng ineinander. Die gewaltige Entwicklung der Waffentechnik hat es mit sich gebracht, daß die Formeln für die Abwägung beider gegeneinander heute nicht mehr so einfach sind wie früher zu Zeiten von Bebel und Jaurès. Die Kriegsbereitschafteines Heeres liegtheute nicht mehr in den Kasernen und Militärdepots, sondern in den Fabriken und Verkehrseinrichtungen. Dadurch ist der Unterschied zwischen Berufsheer, Söldnerheer und Milizheer mehr verwischt als früher. Gewiß ist ein Milizheer eine geringere Bedrohung des Friedens als die beiden anderen mit ihrer großen Zahl von Berufssoldaten, aber ein Allheilmittel ist es heute nicht mehr, wie Bebel und Jaurès einst glaubten. Dazu kommt ein weiteres. In einem Milizheer, das im Falle eines feindlichen Angriffes schnell kampfbereit sein soll, muß jeder Mann seine Ausrüstung und Bewaffnung bei sich in seiner bürgerlichen Wohnung haben. Der Weltkrieg und seine Folgen haben die inneren Gegensätze in allen Ländern gewaltig verschärft. Wenn auch die Handwaffen des einzelnen Soldaten gegenüber den großen, technischen Waffen an Bedeutung verloren haben, vorhanden sein müssen sie doch noch. In dieser allgemeinen Bewaffnung läge bei dem derzeitigen Verhältnisse die dauernde Gefahr des Bürgerkrieges. Dazu kommt endlich, daß durch ein Milizheer der Gedanke, daß die letzte Entscheidung zwischenstaatlicher Meinungsverschiedenheiten doch bei den Waffen liegt, Allgemeingut der Menschen wird.

Selbst wenn heute alle Staaten der Erde zum Milizsystem übergingen, wäre dadurch die Kriegsgefahr nicht beseitigt, solange in der Innen- und Außenpolitik und Wirtschaft so viel Zündstoff gelagert bleibt wie jetzt. Auf eine Aenderung der Wehrgesetze dürfen wir unsere Hoffnungen nicht allein setzen. Hand in Hand damit muß die Beseitigung dieser Zündstoffe gehen. Das enge Ineinandergreifen der Interessen aller an allem muß Allgemeinerkenntnis der Massen werden. Vielleicht ist das, was sich heute zwischen den großen Wirtschaftsgruppen der europäischen Staaten abspielt, ein Anfang. Diese Vereinbarungen müssen aber ergänzt werden durch den weiteren Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen der gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen. Nicht in der militärischen Abrüstung allein liegt die Lösung, sondern in der Abrüstung der Köpfe.

Die Neuwahlen in Genf

Morgen erste Ratstagung / Ansprache Chamberlains an Deutschland / Tausch im Ratsvorsitz / Lärm auf der Pressetribüne

jb **Genf**, 15. September

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Heute soll die Völkerbundversammlung die seit Monaten akute Ratskrise endgültig lösen, indem sie das Wahlreglement, das die erste Kommission gestern angenommen hat, zum Bestandteil der Geschäftsordnung der Völkerbundversammlung macht.

In der Nachmittagssitzung, die um 4 Uhr beginnt, soll die Debatte über das Wahlreglement zu Ende geführt werden, und morgen vormittag werden die Neuwahlen der nichtständigen Ratsmitglieder stattfinden, deren Vornahme heute abend kaum noch möglich sein wird. Morgen nachmittag dürfte dann auch gleich die erste Ratssitzung der 42. Tagung stattfinden.

In dieser Sitzung wird Chamberlain eine Ansprache an das neue ständige Ratsmitglied Deutschland halten, während der Präsident der Ratstagung, dessen Name erst feststehen wird, wenn die Wahlen erfolgt sind (wahrscheinlich das belgische Mitglied), die neueingezogenen nichtständigen Mitglieder begrüßen wird.

***Obwohl nach dem Alphabet jetzt das deutsche Ratsmitglied den Vorsitz führen sollte, wird wohl ein Tausch vorgenommen werden, wie er bereits öfter erfolgt ist, da Dr. Stresemann nicht gleich das Präsidium bei seinem Antritt übernehmen möchte. Der Freitag und der Sonnabend dieser Woche werden den Kommissionsverhandlungen und vor allem den politischen Beratungen zwischen Briand und Stresemann vorbehalten bleiben.**

Briand wird am Sonnabend Genf verlassen, während Chamberlain bereits nach der Sitzung des neuen Rates nach London abreisen will. Von der deutschen Delegation mit dem Außenminister Stresemann, die zum ersten Male an einer Völkerbundversammlung teilnimmt, glaubt man hier, daß sie nicht vor dem Ende der Völkerbundversammlung Genf verläßt.

Die Arbeiten der Versammlung werden Mitte nächster Woche beendet sein. Alsdann wird, wie gewöhnlich, der Rat noch ein bis zwei Tage Sitzungen abhalten, um die Durchführung der Beschlüsse der Versammlung in die Wege zu leiten. **Die Völkerbundtagung wird also wohl kaum viel vor Sonnabend nächster Woche zu Ende gehen.**

Die Bänke der Delegierten sind zu Beginn der heutigen Sitzung gut besucht, dagegen weisen die Tribünen glücklicherweise nicht jene beängstigende Fülle auf, die sonst das Gepräge der großen Tage ist. Dazu hat die gestrige Verordnung des Präsidenten bankenswerterweise beigetragen, die eine strenge Kontrolle für den Zugang zu den Tribünen der Presse und des Publikums verfügte. Freilich war die Anordnung des Präsidenten zu rigoros, da sie den Journalisten das Verlassen und das Betreten der Tribünen während der Reden oder während der Uebersetzung untersagte. Die Türschließer hatten heute morgen strengen Befehl in diesem Sinne, und so kam es kurz nach Beginn der Sitzung zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes **zu einer lärmenden Demonstration einer Anzahl von hauptsächlich französischen und englischen Journalisten, denen während der Rede Mottas der Zugang zur Tribüne verwehrt wurde.**

Im Saal rief der Lärm eine starke Unruhe hervor. Viele Delegierte stürzten zum Ausgang, um zu sehen, was eigentlich los ist, und kehrten dann lächelnd auf ihre Plätze zurück, als sie erfahren hatten, daß es sich nur um einen etwas lärmenden Protest der Pressevertreter gegen den Erlaß des Präsidenten handelte. Präsident Ninchitch, der die Veranlassung zu dem Sturm gegeben hatte, und der zunächst sehr unwillig Erkundigungen über den Skandal einzog, entschloß sich dann auch, die Sache von der heiteren Seite zu nehmen, und gab eine neue Anordnung, daß die Journalisten durch eine Verfügung an der Arbeit nicht gestört werden sollten.

Damit war der Zwischenfall beigelegt, und der Präsident der ersten Kommission, Bundesrat Motta, konnte seinen Bericht fortsetzen. Er legte in seiner bekannten klaren und präzisen Art die Grundsätze des neuen Wahlreglements dar. Am Schlusse gab er seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß jetzt endlich die Ratskrise gelöst sei, die seit so langer Zeit den Frieden des Völkerbundes getrübt habe.

Einen Höhepunkt der Debatte bildete die Rede des kanadischen Delegierten Sir George Foster, der die Bedeutung des Rechtes der Versammlung unterstrich, die sämtlichen nichtständigen Ratsmitglieder jederzeit abberufen zu können. Der Kernpunkt seiner Rede war aber seine Polemik gegen das immer mehr wachsende Bestreben, innerhalb des Völkerbundes Gruppen zu bilden, die mit Sonderansprüchen, besonders auch auf Repräsentation im Rate, hervortreten.

Foster entwickelte eingehend das Beispiel der britischen Dominions, die zusammen mit dem Mutterlande gewiß einen relativ einheitlichen politischen und kulturellen Komplex darstellen und die hier dennoch niemals Gruppenansprüche angemeldet haben. Er wandte sich ausdrücklich gegen die aufgetauchten Gerüchte, als ob jemals britische Dominions eine Vertretung im Rate verlangt hätten, und schaltete bei der französischen Uebersetzung seiner Rede an dieser Stelle nur die Bemerkung ein, daß der Freistaat Irland davon soeben erst die einzige Ausnahme gemacht habe, indem er heute vormittag seine Kandidatur für einen nichtständigen Sitz angemeldet hätte.

Als unmittelbar nach Foster der irische Außenminister Fitzgerald das Wort ergriff, erwartete man, daß er diesen Anspruch Irlands begründen würde. Er tat aber nichts dergleichen, sondern beschränkte sich auf eine Kritik des Wahlreglements und des ganzen Reformplanes, tadelte scharf die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder und setzte sich ebenfalls gegen die Bildung von geographischen Gruppen innerhalb des Bundes und für die Aufrechterhaltung der völligen Unabhängigkeit der Völkerbundversammlung ein.

Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung kritisierte der Führer der belgischen Delegation, Senator de Brouckère, feinerseits die vielen gegen den Reformplan vorgebrachten Kritiken.

0170